

Warum hat der Gesetzgeber es als notwendig erachtet, für bestimmte Personenkreise Schutzvorschriften zu erlassen?

Der Frage lässt sich, ohne gleich in die Tiefe zu gehen, eine Antwort entnehmen: die Schutzvorschriften dienen dem Schutze der betroffenen Personenkreise, also den Arbeitnehmern, den Kindern und Jugendlichen, den Frauen, den werdenden Müttern und den Behinderten, gegenüber den Arbeitgebern. Würde es keine Gesetze geben, die das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer regeln, so würde der Arbeitgeber seine Macht ausnutzen und nur diejenigen einstellen, die wenig Geld kosten und trotzdem lange und viel arbeiten. Es würde dadurch eine Zweiklassengesellschaft entstehen, in der es den Reichen gut und den Armen schlecht gehen würde. Da die Bundesrepublik Deutschland aber nach Artikel 20 Grundgesetz ein sozialer Bundesstaat ist, steht der Staat nicht nur in der Pflicht der individuellen Fürsorge, sondern auch in der Pflicht der nichtprivilegierten Gestaltung.

Ich werde dieses Allgemeingültige jetzt auf die einzelnen Schutzvorschriften anwenden. Das Arbeitszeitgesetz beschränkt die Arbeitszeit des Arbeitnehmers und gibt die Ruhepausen und Ruhezeiten vor, sodass dem Arbeitnehmer einiges an Zeit zur Erholung übrig bleibt. Das sorgt dafür, dass der Arbeitnehmer gesünder ist und seine Arbeit konzentrierter und vor allem sicherer erledigen kann. Würde ein Krankenhausarzt zum Beispiel nach seinem Bereitschaftsdienst weiterarbeiten, könnte es sein, dass er bei einer Operation durch seine Übermüdung Fehler macht und dadurch ein Mensch stirbt. Außerdem muss der Arbeitgeber durch die festgelegte Arbeitszeit mehr Mitarbeiter einstellen, wenn er zum Beispiel eine Dienstleistung 24 Stunden pro Tag anbieten möchte. Dadurch bekommen mehr Menschen einen Arbeitsplatz.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist, wie alle anderen Schutzvorschriften auch, aus den Geschehnissen der Vergangenheit entstanden. Im 19. Jahrhundert wurden besonders die Kinder aber auch die Jugendlichen ausgenutzt, denn die Kinder eigneten sich z. B. durch Ihre geringe Körpergröße hervorragend für die Arbeiten in den engen Bergwerken. Aber auch sonst waren die Kinder und die Jugendlichen als billige Arbeiter sehr beliebt. Die einfachen Tätigkeiten in den Fabriken konnten diese ohne große Ausbildung erledigen, eine gute schulische oder betriebliche Ausbildung war damals nur den Kindern und Jugendlichen der Reichen bestimmt. Damit jedes Kind und jeder Jugendliche eine schulische Ausbildung erhält und auch die berufliche Ausbildung keine gesundheitlichen und seelischen Schäden verursacht, wurden die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes erlassen. Diese sorgen auch wieder durch die Einschränkungen der Arbeitszeit und durch die festgesetzten langen Pausen und vielen Urlaubstage dafür, dass mehr Menschen einen Arbeitsplatz bekommen.

In Deutschland sind die Frauen den Männern gleichgestellt. Da ein Arbeitgeber vielleicht nur Männer einstellen würde, da bei diesen nicht die Gefahr bestünde, dass diese durch eine Schwangerschaft ausfallen würden und hierfür auch noch gezahlt werden müsste, sorgt ein Gesetz dafür, dass ein Arbeitgeber sich überlegen muss, ob für eine bestimmte Tätigkeit nicht auch eine Frau eingestellt werden könnte. Für den Arbeitssuchenden

bedeutet dieses auch, dass alle Berufe sowohl von Frauen als auch von Männern erlernt werden können.

Das Mutterschutzgesetz soll die Gleichstellung der Frauen ebenfalls fördern, denn es zeigt, dass eine Frau, die ein Kind bekommt, sehr wichtig ist und deshalb bestimmte Vorzüge, wie z. B. den Kündigungsschutz, bekommt. Außerdem soll es natürlich auch vor dem Arbeitgeber schützen, der wie oben beschrieben, den Ausfall seiner Arbeitnehmerin mit einer Kündigung quittiert. Aber am wichtigsten ist natürlich, dass das Leben der Mutter und des werdenden Kindes geschützt werden. Das Bevölkerungswachstum ist für einen Staat sehr wichtig und wäre ohne Mütter nicht möglich.

Den behinderten Mitmenschen sollte eine Integration und das Ausüben eines normalen Berufes, soweit dies durchführbar ist, ermöglicht werden. Diese Schutzvorschrift ist besonders für Deutschland wichtig, da im dritten Reich behinderte Menschen aufgrund ihrer Behinderung getötet wurden. Außerdem besteht natürlich die im GG verankerte Fürsorgepflicht gegenüber jedem einzelnen.